

- ▶ Kolumne
- ▶ Lohndumping verhindern

Seite 1

- ▶ Verbraucherrechte
- ▶ Umsetzung Dienstleistungsrichtlinie

Seite 2

- ▶ Wegweiser Europa
- ▶ Termine
- ▶ Aufgelesen
- ▶ Impressum

Seite 4

Lieber Leser, liebe Leserin,

ist Ihnen der Begriff INDECT zufällig bekannt? Noch nie gehört?

Nun, INDECT ist ein von der EU gefördertes Forschungsprojekt mit dem Ziel kriminelles Verhalten dadurch aufzudecken, dass permanent Überwachungskameras, Websites und persönliche Computer durchsucht werden, also quasi eine Menschen-suchmaschine.

Der Kampf gegen Kriminalität in allen Ehren, aber wollen wir, die Bürger und Bürgerinnen, wirklich die Umsetzung eines solchen Projektes?

Damit überschreiten wir doch endgültig die Schwelle zum Überwachungsstaat.

Dabei ist der Staat längst nicht mehr der einzige Datenkrake. Unser Surfverhalten wird von Facebook, Amazon, u.a. genauso analysiert, wie der Handel unser Kaufverhalten unter die Lupe nimmt.

Nachdenklich stimmt mich dabei, wie schnell wir uns an den Zugriff auf unsere Daten gewöhnen.

Ich wünsche mir deshalb, dass wir beginnen eine grundlegende und breit angelegte Debatte in der Bevölkerung zu führen, wie zukünftig der Umgang mit unseren Daten erfolgen soll. Die Zeit dafür jedenfalls ist reif.

Zugegeben: Viel Kompromissbereitschaft darf man von mir beim Datenschutz nicht erwarten... und gegen die Einführung von INDECT werde ich mich entschieden zur Wehr setzen. Für jeden Mitstreiter und für jede Mitstreiterin bin ich dabei dankbar.

Ihre



Viele BesucherInnen und angeregte Diskussionen: Das Fachgespräch zu Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsrichtlinie am 14. Januar in Bitzfeld (v.l.n.r.: Rolf Blaettner, Evelyne Gebhardt MdEP, OB Hermann-Josef Pelgrim, Jutta Steinruck MdEP, Bernhard Löffler)

### **Lohndumping verhindern ist das oberste Ziel**

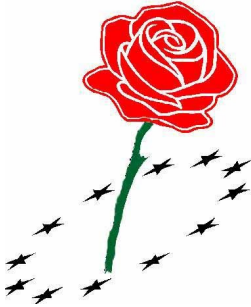
Zahlreiche Besucher und Besucherinnen folgten der Einladung von Evelyne Gebhardt, sich am 14. Januar in Bretzfeld-Bitzfeld über die Zukunft des deutschen Arbeitsmarkts zu informieren und mit zu diskutieren.

„Wir müssen gute Arbeitsplätze in Europa schaffen. Gute Arbeitsplätze sind unbefristete Vollzeitstellen, von deren Lohn ein würdiges Leben möglich ist. Eine Vertretung durch Gewerkschaften und höchste soziale Standards gehören ebenso dazu wie das Recht auf Freizeit und angemessene Arbeitszeiten“, so die SPD-Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt aus Muldingen. „Angesichts der Tatsache, dass zum 1. Mai dieses Jahres die so genannte Beschränkung der Ar-

beitnehmerfreizügigkeit fällt, müssen in Deutschland noch einige Hausaufgaben gemacht werden, damit dieses Ziel erreicht wird“ fügt die Hohenloher Abgeordnete hinzu.

Auch ihre Kollegin Jutta Steinruck, Europaabgeordnete der SPD aus Ludwigshafen und Expertin für Beschäftigung und Soziales, bestätigte, dass dringend Handlungsbedarf besteht: „Zur Schaffung guter Arbeitsplätze brauchen wir Wachstum und menschenwürdige Arbeitsplätze und keine Sparpolitik auf Kosten der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Die Schaffung guter Arbeitsplätze ist unerlässlich für die nachhaltige Überwindung der Krise und die Beendigung der

(Fortsetzung auf Seite 2)



(Fortsetzung von Seite 1)

Armut in Europa“. Die Ludwigs-hafener Abgeordnete betonte, dass der Bereich der Leiharbeit besonderes Augenmerk verlangt und fügte hinzu: „Für Leiharbeiter gilt in Deutschland zur Zeit das europäische Recht, wonach ein Arbeitnehmer zu den Bedingungen des Landes, in dem die Firma ihren Sitz hat, beschäftigt werden darf. So wird hier massives Lohn- und Sozialdumping geschehen, wenn es nicht gelingt, das Entsendegesetz auch auf die Leiharbeitsbranche auszudehnen.“

„Wenn es nicht rasch gelingt, das Entsendegesetz auch auf die Leiharbeitsbranche auszudehnen, dann wird hier massives Lohn- und Sozialdumping geschehen“, bekräftigte Halls Oberbürgermeister Hermann-Josef Pelgrim. „Neben der Ausweitung des Entsendegesetzes brauchen wir zwingend auch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, außerdem ist es absolut notwendig, dass wir auch in Baden-Württemberg eine tarifvertragliche Bindung einrichten, damit Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen effektiv vor Lohndumping geschützt werden.“

Einig sind sich die Vertreter und Vertreterinnen von Politik, Arbeitgeberseite und Gewerkschaften darin, dass die Leiharbeit auch in Zukunft eine Rolle auf dem deutschen Arbeitsmarkt spielen wird. Es müsse aber verstärkt darauf hin gearbeitet werden, die Ausbeutung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch schwarze Schafe aus dieser Branche zu verhindern. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort, heißt die Devise.

### **Kein Mehrwert für Verbraucher**

„Der Mehrwert der Verbraucherrechte-Richtlinie ist für die Verbraucher der Europäischen Union keineswegs zufriedenstellend. Ich kann keiner Richtlinie zustimmen, die auch nur ansatzweise in einem europäischen Mitgliedstaat zu einer Verschlechterung des bisherigen Verbraucherschutzes führt“, begründete die sozialdemokratische Sprecherin im Ausschuss für Binnenmarkt- und Verbraucherschutz Evelyne Gebhardt die Ablehnung ihrer Fraktion.

Der während einer Sitzung des Ausschusses in Brüssel abgestimmte Bericht über die Verbraucherrechte ist in vielen Bereichen für die Sozialdemokraten inakzeptabel. „Es ist sehr bedauerlich, dass die Gesamtheit der Finanzdienstleistungen aus dem Wirkungsbereich der Richtlinie herausgenommen wurde. Vor allem bei Fernabsatzgeschäften mit Kreditangeboten, beispielsweise bei Handyverträgen, werden die Rechte der Verbraucher weder über die jetzige Verbraucherrechte-Richtlinie, noch über die Verbraucherkreditrichtlinie abgedeckt. Dies ist unverantwortlich“, so die Mulfing SPD-Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt.

Zudem führe die geplante Vollharmonisierung im Bereich der Haustürgeschäfte zu einer Abschwächung von Standards in den Mitgliedstaaten. So kann zukünftig ein Verbraucher nur auf Verlangen einen Vertrag in Papierform erhalten. Zu bemängeln ist außerdem, dass in vielen Bereichen nur sehr unklare Bestimmungen gelten sollen. „Jedem

Unternehmen wird durch die vage und allgemeine Formulierung zur Informationspflicht vor Vertragsabschluss die Möglichkeit gegeben, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Diese eindeutigen Nachteile für die Verbraucher sind für die Sozialdemokraten durchweg nicht akzeptabel, wohingegen sie von den Konservativen und Liberalen leichtfertig in Kauf genommen werden“, so Evelyne Gebhardt.

### **Dienstleistungsrichtlinie soll konsequent umgesetzt werden**

Die Einrichtung der einheitlichen Ansprechpartner, Verwaltungszusammenarbeit in den Mitgliedstaaten und die Anerkennung von Berufsqualifikationen stehen im Vordergrund des Berichts zur Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie, den der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz vor Kurzem in Brüssel angenommen hat.

„Ich erkenne zwar an, dass die Mitgliedstaaten viele Anstrengungen unternommen haben, um die sehr komplexe Dienstleistungsrichtlinie umzusetzen“, erklärte die SPD-Europaabgeordnete und Berichterstatterin Evelyne Gebhardt, „dennoch besteht Anlass zur Sorge, dass die in der Richtlinie vorgesehenen einheitlichen Ansprechpartner nicht entsprechend eingerichtet werden“.

„Nachdem es dem Europäischen Parlament gelungen war, die Dienstleistungsrichtlinie vom Kopf auf die Füße zu stellen und dafür zu sorgen, dass die Dienstleister das Recht des Staates, in dem sie arbeiten, respektieren müssen – das so genannte Zielland-

(Fortsetzung auf Seite 3)



(Fortsetzung von Seite 2)

prinzip –, konnten wir die entscheidenden Vorbehalte gegenüber der Richtlinie wegräumen. Jetzt ist es aber unerlässlich, den Nutzen der Dienstleistungsrichtlinie auszuschöpfen. Dazu müssen die Mitgliedstaaten die einheitlichen Ansprechpartner so einrichten, dass sie leicht zugänglich, informativ und hilfreich sind. Eine bloße Website reicht da bei weitem nicht aus“, fügte Evelyne Gebhardt hinzu. So sei es notwendig, dass hinter der Website Menschen stünden, die bei Bedarf weiterhelfen könnten um so den Zugang zum europäischen Markt für die Dienstleister zu ebnen.

Wichtig ist es auch, dass wesentliche Informationen über Arbeitsrecht, Finanzbestimmungen oder Hilfe für die Anmeldung bei der Sozialversicherung bereitgestellt werden. „Um das zu gewährleisten, ist es unabdingbar, dass die Behörden eng mit den Sozialpartnern zusammenarbeiten. Denn wir wollen dafür sorgen, dass der Wettbewerb zwischen den Unternehmen ein fairer Wettbewerb ist“, so Evelyne Gebhardt.

Damit das Instrument der einheitlichen Ansprechpartner wirksam werden kann, fordert der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten auf, eine Informationskampagne zu starten, damit die Betroffenen überhaupt erfahren, dass sie diese Partner an ihrer Seite haben.

### **Medienkompetenz ist unverzichtbar**

**D**as Internet ist ein unverzichtbarer Bestandteil unseres Alltags geworden. Die digitale Welt bietet auf der einen Seite viele Chancen, birgt auf der anderen Seite aber auch einige Gefahren im realen Leben.

„Die raschen technologischen Entwicklungen bieten den Nutzern enorme Möglichkeiten, stellen aber auch den Datenschutz vor ganz neue Herausforderungen. Deswegen müssen die Datenschutzgrundsätze an die neuen Technologien angepasst werden. Es muss sichergestellt werden, dass personenbezogene Daten auch in Zukunft wirksam geschützt sind“, so Matthias Groote, Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des Europäischen Parlaments.

Seine SPD-Kollegin und innenpolitische Expertin Birgit Sippel ergänzt: „Datenschutzfragen lassen sich kaum noch auf regionaler oder nationaler Ebene beantworten. Zwar ist seit dem Lissabon-Vertrag der Schutz persönlicher Daten EU-weit durch die Grundrechtecharta garantiert, jedoch hat sich der rechtliche Rahmen noch nicht in demselben Maß entwickelt wie das Internet selbst. Wir brauchen dringend eine gesamteuropäische Rechtsetzung für einen modernen Datenschutz in den neuen Medien. Rechte und Vorschriften, die im wirklichen Leben gelten, müssen auch in der digitalen Welt gelten.“

„Datenverkehr ist so selbstverständlich wie Straßenverkehr. Deshalb müssen wir Wissen um den Wert persönlicher Daten ver-

mitteln. Der kritische Umgang mit den eigenen Daten kann und muss zu einer Kulturtechnik wie Lesen oder Rechnen werden. Die Vermittlung von Medienkompetenz ist eine Aufgabe, der sich neben der Schule auch Eltern, staatliche Einrichtungen und nicht-staatliche Organisationen stärker annehmen müssen“, meint die SPD-Medienexpertin Petra Kammervert.

Die EU solle sich ehrgeizige Standards im Datenschutz setzen und bei ihrer Einhaltung eine Vorreiterrolle einnehmen, fordern die SPD-Europaabgeordneten abschließend.

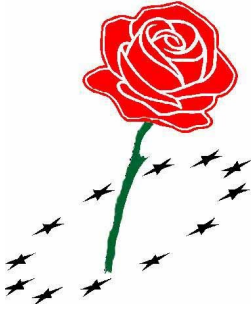
### **Wirtschafts- und Finanzpolitik auf EU-Ebene koordinieren**

**„D**er von Bundeskanzlerin Merkel präsentierte Wettbewerbspakt greift zu kurz. Wir brauchen eine enge Steuerung der Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Eurozone. Dies muss jedoch im Rahmen der europäischen Gesetzgebung geschehen und kann nicht von Mitgliedstaaten je nach Lust und Wetterlage entschieden werden“, kritisiert der SPD-Europaabgeordnete und Fraktionssprecher für Wirtschaft und Währung, Dr. Udo Bullmann.

„Ich vermisse innovative Konzepte, um die Lage der öffentlichen Haushalte in Europa nachhaltig zu verbessern. Dazu zählen eine gemeinsame Wachstumspolitik sowie die Einführung von Eurobonds und einer europäischen Finanztransaktionssteuer“, betont der sozialdemokratische Abgeordnete.

(Fortsetzung auf Seite 4)





(Fortsetzung von Seite 3)

„Mit ihrem Vorstoß will Frau Merkel davon ablenken, dass sie ohne eigenes europapolitisches Konzept zur Überwindung der Krise dasteht. Am Ende wird ihr aber alles Taktieren nichts helfen. Ohne eine Ausweitung des Rettungsschirms und echte Reformen werden sich die Märkte mittelfristig nicht beruhigen“, warnt Udo Bullmann abschließend.

### Wegweiser Europa

#### Kommunen und Regionen in Europa

Die Europäische Union ist für Städte, Gemeinden und Regionen aufgrund ihrer Fördermöglichkeiten für zahlreiche lokale und regionale Vorhaben von Bedeutung. Weitaus bedeutender wirkt sich die EU aber durch ihre regulativen Kompetenzen auf die kommunale und regionale Ebene aus. Ein wesentlicher Bereich ist dabei das europäische Wettbewerbsrecht im Zusammenhang mit dem EU-Binnenmarkt.

Für Städte, Gemeinden und Regionen ist es daher wichtig, sich frühzeitig an der Gestaltung von EU-Richtlinien beteiligen zu können.

Im Rahmen ihrer Seminarreihe „EU-Seminare für MultiplikatorInnen aus Deutschland“ bietet das Europabüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel vom 20. bis zum 23. März ein Seminar zu diesem Thema an.

Weitere Informationen gibt es bei Stephan Thalhofer von der FES, Telefon: +32 22346293, E-Mail: [Stephan.Thalhofer@fes-europe.eu](mailto:Stephan.Thalhofer@fes-europe.eu) und auf der Homepage: <http://www.fes-europe.eu/>

### Terminhinweise

12. Februar, 12.30 Uhr

**Was? Feier mit Urkundenübergabe „Schule ohne Rassismus -Schule mit Courage“**

Wo? Künzelsau, Schlossgymnasium

14. Februar, 11.00 Uhr

**Was? Eröffnungsempfang zum Gaildorfer Pferdemarkt**

Wo? Gaildorf, Altes Schloss

15. Februar

**Was? Besuchergruppe Gymnasium St. Michael**

Wo? Straßburg

15. Februar

**Was? Parlamentarischer Gesprächskreis der Bundeszahnärztekammer**

Wo? Straßburg

17. Februar, 19.00 Uhr

**Was? Veranstaltung „Gute Arbeit“ mit Landtagskandidat Edgar Schurr**

Wo? Villingen-Schwenningen, Theater am Ring

18. Februar, 14.00 Uhr

**Was? Gespräch mit RepräsentantInnen des AK Sinti und Roma**

Wo? Stuttgart

18. Februar, 18.30 Uhr

**Was? Veranstaltung von „SPD ve biz“: Treffen von 500 Deutsch-Türken mit Sigmar Gabriel, Dr. Nils Schmid und Macit Karaahmetoglu**

Wo? Stuttgart, Liederhalle

19. Februar, 11.15 Uhr

**Was? Podiumsdiskussion des Adolf-Arndt-Kreises „Die EU zwischen Integration und nationalem Eigensinn“**

Wo? Frankfurt, Goethe-Universität

23. Februar

**Was? Verleihung der Bürgermeister-Stolten-Medaille an Christa Randzio-Plath**

Wo? Hamburg

3. März

**Was? Arbeitsfrühstück mit den Vertretern der Kommunalen Landesverbände**

Wo? Brüssel

### Aufgelesen

„Als Kunstturnerin würde Ilse Aigner für ihren gelungenen Salto rückwärts mit gewundener Schraube vielleicht Begeisterung auslösen“, kommentierte Martin Ferber in der Hohenloher Zeitung vom 15. Januar Frau Aigners Verhalten in Hinblick auf den Dioxinskandal.

### Impressum

Redaktion: Evelyne Gebhardt und Wolfgang Ellsäßer

Europabüro  
Keltergasse 47  
74653 Künzelsau  
Tel.: 0 79 40 – 5 91 22  
Fax: 0 79 40 – 5 91 44  
[EGebhardt.MdEP@t-online.de](mailto:EGebhardt.MdEP@t-online.de)

Europäisches Parlament  
60, rue Wiertz  
B-1047 Brüssel  
Tel.: 00 32 – 22 84 – 74 66  
Fax: 00 32 – 22 84 – 94 66  
[Evelyne.Gebhardt@europarl.europa.eu](mailto:Evelyne.Gebhardt@europarl.europa.eu)

Die nächste Ausgabe erscheint am 3. März 2011.